

„Es geht um Macht und Einfluss“

Mehr als drei Jahre ermittelte die Staatsanwaltschaft Mühlhausen gegen Stefan Siebert, den Vorstandsvorsitzenden der VR-Bank Bad Salzungen-Schmalkalden. Kurz vor Weihnachten stellte die Behörde ihre Ermittlungen ein, gegen Zahlung einer Geldauflage. Siebert gilt damit weiterhin als nicht vorbestraft. Doch Ruhe zieht bei der Bank nicht ein. Nun streitet sie sich mit dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR). Denn schon wieder sind Sonderprüfer in Südthüringen angerückt. Im Interview erklärt Stefan Siebert, dass es bei all dem aus seiner Sicht nur um eines geht: Die erfolgreiche Südthüringer Bank auf Linie zu bringen.

Herr Siebert, wie groß ist die Erleichterung, nachdem die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen eingestellt hat?

Ich muss gestehen, dass mir schon ein Stein vom Herzen gefallen ist. Dieses Damoklesschwert hat mich privat aber vor allem die Bank belastet. Nun können wir wieder ungestört und ohne Querschüsse mit unserer erfolgreichen Arbeit weitermachen.

Kritiker sehen in der Einstellung des Verfahrens gegen eine Geldauflage einen Freispruch zweiter Klasse. Wie beurteilen Sie es?

Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass mein Fall von einem Gericht verhandelt worden wäre. Denn nach all den Gutachten und Sonderprüfungen, die in den vergangenen Jahren zu den Geschäften unserer Bank und zu meinem persönlichen Verhalten angefertigt wurden, hätte am Ende nur ein Freispruch stehen können. Ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn mein Fall von einem Richter bewertet worden wäre, denn ich habe mir nichts vorzuwerfen. Aber der Aufsichtsrat wollte Ruhe haben, daher bin ich dankbar für die Lösung, die nun gefunden wurde.

Aber bleibt so nicht immer ein Makel zurück?

Damit rechne ich nicht. Unsere Kunden haben inzwischen verstanden, worum es bei dem Verfahren ging, nämlich mir persönlich zu schaden.

Also hatten die Ermittlungen keine negativen Auswirkungen?

Doch, in der Anfangsphase leider schon. Mehrere Geschäfte sind durch die Ermittlungen geplatzt. Am Tag, als die Staatsanwaltschaft in Schmalkalden und Bad Salzungen vorfuhr, um unsere Geschäftsräume zu durchsuchen, hatten wir eigentlich einen Notartermin, um ein Fußballstadion zu kaufen. Das Geschäft kam anschließend nicht mehr zustande. Dadurch haben wir Millionen verloren.

Dann haben die Kunden sehr schnell erkannt, dass an den Vorwürfen nichts dran ist, dass sie auf den Anschuldigungen zweier Whistleblower beruhen, die bei der Bafin falsche Angaben gemacht haben. Das wurde ja später auch im Arbeitsgerichtsverfahren mit den ehemaligen Angestellten unseres Hauses deutlich.

Haben die Ereignisse der vergangenen Jahre dennoch dazu geführt, dass Sie als Vorstandsvorsitzender und auch die Bank insgesamt nun anders vorgehen, die internen Abläufe noch einmal überprüft haben?

Mal abgesehen davon, dass wir natürlich regelmäßig Anpassungen vornehmen und Darstellungen überdenken, gehen wir davon aus, dass wir keine Fehler gemacht haben. Wir wurden Opfer falscher Anschuldigungen zweier ehemaliger Mitarbeiter. Davor kann keine noch so gute Kontrolle schützen. Wir haben anschließend nur alles darangesetzt, diese Vorwürfe zu entkräften und sind dabei sehr transparent vorgegangen, unseren Gesellschaftern gegenüber, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit.



Blickt auf drei aufreibende Jahre zurück: Stefan Siebert, Vorstandschef der VR Bank Bad Salzungen-Schmalkalden. Zum Jahresende hat die Staatsanwaltschaft Mühlhausen die Ermittlungen gegen ihn eingestellt. Gegen eine Geldauflage. Foto: Michael Reichel/ari

Trotzdem hat die Staatsanwaltschaft mehr als drei Jahre ermittelt...

...das hat sie eben nicht. Wenn Sie in die Akten schauen, dann erkennen Sie, dass sich dort nur sehr wenig bewegt hat. Die Ermittler wurden von der Bafin auf eine falsche Fährte gesetzt und haben dann versucht, diese durch fragwürdige Gutachten bestätigen zu lassen.

Interview

Stefan Siebert, Vorstandsvorsitzender der VR Bank Bad Salzungen-Schmalkalden

Am Ende blieb nur noch ein Vorwurf übrig, oder?

Dass ich als Vorstandsvorsitzender beim Kauf einer Immobilie zum Schaden meines Arbeitgebers gehandelt hätte, weil ich die Immobilie zu teuer eingekauft hätte. Wir haben mehrfach versucht, den Ermittlern zu erklären, warum wir das getan haben. Das Gebäude in Erfurt steht auf einem ehemaligen Bunker. Genau dieser Umstand drückt eigentlich den Verkaufswert, doch genau diesen Bunker wollten wir gerne haben, weil wir diesen für eine Geschäftsidee nutzen wollen: Das Einlagern von Wertgegenständen für unsere Kunden. Deshalb haben wir die Immobilie auch zu einem Preis erworben, der eigentlich über dem Marktpreis gelegen hätte. Aber man kann uns doch keinen Vorwurf daraus machen, dass wir Geschäftsideen haben.

Keht denn nun Ruhe ein bei der VR Bank?

Leider nein. Gegen meine Person richten sich inzwischen keine Vorwürfe mehr. Ich bin uninteressant geworden, nachdem die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen ein-

stellt hat und ich durch Krankheit nicht mehr so präsent bin im Tagesgeschäft. Doch nun gerät mein Vorstandskollege Jan Wettstein ins Visier. So mussten wir im vergangenen Jahr versuchen, eine erneute Sonderprüfung durch die Prüfungsgesellschaft Deloitte abzuwenden, leider ohne Erfolg.

Schon wieder eine Sonderprüfung?

Wir verstehen es auch nicht. Unsere Bücher wurden in den vergangenen Jahren mehrfach durchleuchtet. Immer ohne negatives Ergebnis. Dieses Mal kommt der Prüfauftrag nicht von der Bankenaufsicht Bafin, sondern vom eigenen Prüfungsverband des BVR.

Warum das?

Das haben wir den BVR auch gefragt. Angeblich gibt es Hinweise auf massive Risiken in unseren Kreditgeschäften, doch wir können diese Vorwürfe nicht nachvollziehen. Außerdem spielt die beauftragte Prüfungsgesellschaft Deloitte aus unserer Sicht eine fragwürdige Rolle in dem Verfahren.

Was werfen Sie den Deloitte-Leuten vor?

Einiges. In aller Kürze: In dem Gerichtsverfahren in Berlin, in dem wir die Zuständigkeit und die Zulässigkeit zu diesem Prüfauftrag überprüfen lassen wollten, nahm der bestellte Prüfer von Deloitte Platz auf der Seite des BVR. Aus unserer Sicht wurde er damit von Anfang an Partei. Dabei sollten Prüfer doch eigentlich unabhängig sein. Genau diese Unabhängigkeit zweifeln wir an.

Die Zweifel werden auch durch Schriftverkehr genährt, der uns vorliegt. So legte dieser Deloitte-Mitarbeiter eine Eidesstattliche Versicherung ab, in der er das Prüfungsergebnis im Grunde schon vorwegnahm, ohne je eine Unterlage zum Thema gesehen zu haben.

Und das können Sie beweisen?

Der uns vorliegende Schriftverkehr belegt das. So hat ein Deloitte-Mitarbeiter bei der Verhandlung am 11. Juni 2021 vor Gericht die Vorläufige Einschätzung abgegeben, dass der vom BVR erteilte Prüfauftrag die befürchteten Ergebnisse erbracht habe, man also erhebliche Risiken in unseren Krediten sehe. Später musste Deloitte aber einräumen, dass ihren Mitarbeitern zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht alle Unterlagen vorlagen, dass diese erst ab dem 17. Juni nach und nach zur Verfügung gestellt worden seien, also nach dem besagten Gerichtstermin. Daher haben wir inzwischen Strafanzeige gegen die für den BVR handelnden Personen gestellt, denn wir sehen Anhaltspunkte für einen versuchten Prozessbetrug.

Geht es bei der Sonderprüfung wieder um Ihr Fußballgeschäft?

Ja, auch. Dabei sind unsere Kredite in diesem Bereich mehrfach abgesichert, besser als bei jeder normalen Immobilienfinanzierung. An dem Vorwurf ist also nichts dran.

Wieso wird das Fußballgeschäft dann immer wieder gegen Sie verwendet?

Weil wir zu erfolgreich sind. Wir haben diese kleine Südthüringer Bank innerhalb weniger Jahre - relativ gesehen - unter die besten Zehn der VR-Banken in Deutschland geführt.

Unsere Bilanzsumme hat die Grenze von einer Milliarde Euro längst überschritten. Negativzinsen müssen wir bei unseren Kunden nicht erheben, weil wir gute Gewinne mit unseren anderen Geschäften machen. Dieser Erfolg macht andere neidisch. Auch in unserem eigenen Verband. Denn dort gibt es ja viele Mitglieder, denen es wirtschaftlich nicht so gut geht. Und da kommen Verbands-

vorstände natürlich in Erklärungsnot: Warum sind die einen so erfolgreich und die anderen stehen kurz vor der Pleite? Dabei machen wir im Grunde nur das, was unser eigener Verband sich vor wenigen Jahren auf die Fahnen geschrieben hat: Wir sind innovativ und damit erfolgreich.

Würde also erst wieder Ruhe einkehren, wenn Sie wieder weniger Erfolg hätten, Ihr Geschäft konservativer ausrichten würden?

Vielleicht, aber ich sehe nicht ein, warum wir das tun sollten. Wir sind den Erfolg doch unseren Anteilseignern schuldig. Außerdem treten doch andere Banken längst in unsere Fußstapfen: Wir schafften es damals mit unserem Kreditengagement im europäischen Spitzenfußball in die Football-Leaks. Daraufhin haben wir diesen Kredit abgegeben, um uns nicht länger angreifbar zu machen. Und nun raten Sie mal, wer diesen Kredit übernommen hat?

Keine Ahnung.

Eine andere VR-Bank, deren Vorstand im Bundesvorstand des BVR sitzt. Das alles zeigt mir: Es geht bei all dem, was uns in den vergangenen Jahren vorgeworfen wurde, nicht um unsere Geschäfte, es geht um Einfluss und Macht. Mit unseren Geschäftsideen gelten wir als Rebellen im Bundesverband, unsere Mitglieder sagen dazu schlicht: Vorreiter. Mit den immer neuen Anschuldigungen sollen wir auf Linie gebracht werden. Doch ich fühle mich keinem Verband verpflichtet, sondern nur unseren Kunden und Genossen gegenüber. Um ihre Ersparnisse zu mehren, dafür arbeiten wir alle täglich.

Das Interview führte Jolf Schneider

Jede siebte Firma sieht sich durch Corona in Existenz bedroht

Die Pandemie und ihre Folgen hinterlassen noch immer tiefe Spuren in der Wirtschaft. Vor allem in der Reisebranche und dem Gastgewerbe gibt es viele Unternehmer, die fürchten, dass sie schließen müssen.

München/Dresden – Fast jedes siebte Unternehmen in Deutschland sieht sich durch die Corona-Pandemie in seiner Existenz bedroht. Besonders der Dienstleistungssektor und Einzelhandel machen sich große Sorgen, wie aus einer am Montag veröffentlichten Umfrage des Münchner Ifo-Instituts hervorgeht.

Bundesweit sagten demnach 14 Prozent der im Dezember befragten Betriebe, dass sie ihre Existenz als gefährdet einstufen. Damit



Umfrageleiter Klaus Wohlrabe macht für die schlechte Stimmung im Einzelhandel die Zurückhaltung der Verbraucher verantwortlich. Foto: ifo

bewerteten die Unternehmen ihre Bedrohung auf gleichem Niveau wie im Juni vergangenen Jahres. Bei drei weiteren Umfragen im Februar 2021, sowie im November und Juni 2020 waren die Sorgen mit Werten zwischen 17,6 und 21,8 Prozent noch deutlich ausgeprägter.

Die aktuell höchste Bedrohung empfindet der Dienstleistungssektor mit 20,4 Prozent-Treiber sind dabei unter anderem die Reise- und Veranstaltungswirtschaft sowie das Gastgewerbe. Hier sieht sich durchweg mehr als die Hälfte der Unternehmen bedroht, bei Reisebüros und -veranstaltern sind es sogar fast drei Viertel, in der Veranstaltungsbranche sehen sich mehr als 67 Prozent der Unternehmen gefährdet.

Im Einzelhandel bewerten sich 17,1 Prozent als gefährdet – ein deutliches Plus im Vergleich zum Sommer des Vorjahres. „Das sind auch die Folgen der Zurückhaltung der Verbraucher“, sagte der Leiter der Ifo-Umfragen,

Klaus Wohlrabe. Der Bau mit 5,1 Prozent und das Verarbeitende Gewerbe mit 5,7 Prozent sind dagegen vergleichsweise wenig betroffen.

Allerdings gibt es auch hier deutliche Unterschiede. So haben mehr als 21 Prozent der Hersteller von Bekleidung an, dass die aktuelle Krise ihre Existenz gefährde. In der Glasindustrie sagten dies hingegen nur 1,1 Prozent der befragten Unternehmen – derer aktuell enorm gestiegenen Energiepreise.

Pessimistisch für 2022

Im Gastgewerbe bleibt die Situation laut Wohlrabe weiterhin sehr kritisch. Mehr als der Hälfte der Betriebe fühlen ihre Existenz bedroht: Restaurants und Gaststätten gaben dies zu 52,5 Prozent an (Juni: 55,4 Prozent). In der Beherbergung waren es 58,8 Prozent, nach 52,1 Prozent im Juni. Gesunken ist laut der jüngsten Regional-Erhebung des Ifo-In-

stituts in Dresden auch die Erwartung der ostdeutschen Wirtschaft. Im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe erwärmte sich das Geschäftsklima im Dezember zwar leicht, wie das Institut am Montag mitteilte. Im ostdeutschen Dienstleistungssektor ging der Ifo-Geschäftsklimaindex im Dezember aber spürbar zurück. Die befragten Dienstleistungsunternehmen senkten ihre Lageeinschätzungen deutlich. Gleichzeitig korrigierten sie ihre Erwartungen für die kommenden Monate merklich nach unten. Der Pessimismus bezüglich der ersten Jahreshälfte 2022 nimmt zu. Auch im ostdeutschen Handel verschlechterte sich die Stimmung im Dezember deutlich.

Im Dezember sank der regionale Geschäftsklimaindex des Ifo-Instituts den vierten Monat in Folge und lag bei nun 96,0. Von einer „Talfahrt“ sprachen die Experten am Montag. Im Sommer hatte der Index noch über der Marke von 100 gelegen. dpa/jol